

## Beschluss

des Landesparteitages vom 22.11.2008 in Bremen

### Dringlichkeitsantrag Nr. 01

**Antragsteller:** Dr. Oilver Möllenstädt, Dr. Magnus Buhkert, Maren Noller, Jens Oldenburg, Clemens Stief, Bernd Richter, Felix Sa'd, Holger Krupp, Christian Beier, Agnes Müller-Lang, Christian Wieland, Björn Aschemann, Uwe Woltemath, Volker Graff, Dorothee Persson

**Angenommen:** einstimmig **Ja:** \_\_\_\_\_

**Abgelehnt:** \_\_\_\_\_ **Nein:** \_\_\_\_\_

**Verwiesen an:** \_\_\_\_\_ **Enthaltung:** \_\_\_\_\_

---

### Medizinische Versorgung und Beschäftigung sichern – Klinikverbund auflösen

Die FDP Bremen lehnt die Vorstellungen der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und der Senatorin für Finanzen zur Entschuldung des angeschlagenen kommunalen Klinikverbundes „Gesundheit Nord“ ab.

Das Eingehen einer Bürgschaft durch die Stadtgemeinde Bremen und das Land Bremen in Höhe von über 200 Millionen Euro zu Gunsten der Bremer kommunalen Kliniken führt zu einer erheblichen Benachteiligung der übrigen Krankenhausträger. Das Finanzierungsinstrument staatlicher Bürgschaften kann von privaten und freigemeinnützigen Krankenhausträgern nicht sinnvoll in Anspruch genommen werden, selbst wenn die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen würden.

Die FDP Bremen bekräftigt den vom Landesparteitag am 05. September 2006 gefassten Beschluss zur Privatisierung des Klinikbetriebs. Die FDP Bremen tritt für eine Auflösung des Klinikverbundes „Gesundheit Nord“ ein. Der Betrieb der vier Kliniken Bremen-Mitte, Bremen-Ost, Bremen-Nord und Links der Weser ist in die Hände privater oder freigemeinnütziger Betreiber zu überführen. Hierbei wird explizit die Möglichkeit offen gehalten, für den Betrieb der einzelnen Klinika mehrere unterschiedliche Betreiber zu gewinnen.

Bei der Entscheidung über die in Betracht kommenden Privatisierungsalternativen muss aus Sicht der Freien Hansestadt Bremen eine Lösung gefunden werden, die

- die Freie Hansestadt Bremen vom Gesellschafterrisiko vollständig freistellt,
- die weiteren von der Freien Hansestadt Bremen zu tragenden Kosten und Risiken minimiert,
- ein hohes Niveau medizinisch-pflegerischer Leistungen am Standort Bremen im Interesse der Patientinnen und Patienten zu erhalten ermöglicht, welches sowohl den bundesrechtlichen Qualitätsvorgaben als auch der Landeskrankenhausplanung vollständig entspricht sowie

- einen dauerhaft wirtschaftlichen Betrieb der Krankenhäuser durch private oder freigemeinnützige Betreiber ermöglicht und damit die Voraussetzung für den dauerhaften Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze in den Krankenhäusern schafft.

Eine politische Vorfestlegung auf eine Privatisierungsvariante oder eine gesellschaftsrechtliche Konstruktion erfolgt nicht.

Die FDP Bremen bittet die FDP-Bürgerschaftsfraktion, auch weiterhin die ihr zur Verfügung stehenden parlamentarischen Instrumente zur Erreichung dieser Zielsetzung geeignet einzusetzen.